



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Mai 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **A 698 Anfrage Kurmann Michael und Mit. über die zukünftige Energieversorgung im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Anfrage A 698 und das Postulat P 720 von Ruedi Amrein über die Energieversorgung im Kanton Luzern unter dem Einfluss von drohenden Stromlücken werden als Paket behandelt.

Michael Kurmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 720 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Pius Müller beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Michael Kurmann: Wir danken der Regierung für die sehr ausführliche und aufschlussreiche Beantwortung meiner Anfrage und für die Stellungnahme zum Postulat von Ruedi Amrein zur Energieversorgung im Kanton Luzern. Ich habe die Fragen vergangenen Herbst aufgrund eines Zeitungsartikels in der «Luzerner Zeitung» geschrieben. Darin wurde zu möglichen Szenarien von Stromknappheit in der Schweiz aufgrund der Stromversorgung in Europa berichtet. Mehrtätige Stromausfälle werden dort skizziert. Die Studie des Bundes hat uns dazumal schon aufhorchen lassen. Wir hätten uns aber nicht denken können, dass sich die Situation aufgrund der schrecklichen Ereignisse in der Ukraine und der wichtigen und nötigen Entscheide in Europa weiter verschärft. Ich bin mit den Antworten grösstenteils zufrieden, und das Postulat von Ruedi Amrein unterstützen wir. Wir sind uns bewusst, dass die Stromversorgung in erster Linie eine nationale Angelegenheit darstellt, auch aus rechtlichen Gründen. Das kantonale Stromversorgungsgesetz nimmt aber auch den Kanton und die Gemeinden in die Pflicht. Ich nehme zur Kenntnis, dass das gewählte Szenario in der Gefährdungs- und Risikoanalyse, das sogenannte «T1 – Stromausfall» auch unter der Prämisse der erwähnten Bundesstudie ausreichend schlimm gewählt ist. Wichtig scheint mir aber vor allem die Aussage des Regierungsrates, dass die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und die Reduktion der Auslandabhängigkeit in Bezug auf die Energieversorgung eine noch stärkere Bedeutung erhalten würden. Es ist wichtig, dass wir in der Politik die angestossenen Projekte im Rahmen der Klima- und Energiepolitik zum raschen Ausbau erneuerbarer Energien und zur Vermeidung des Einsatzes von nicht erneuerbaren Energien wie Gas und Öl möglichst ohne Zeitverlust umsetzen. Die Notwendigkeit wurde uns in den vergangenen Monaten auf krasse Art und Weise aufgezeigt. Es ist eigentlich tragisch, dass es Krisen wie Corona oder der Krieg in der Ukraine sind, die uns die Augen öffnen und uns zum Handeln zwingen. Grundsätzlich ist man sich schon lange darüber einig, dass die Energiezukunft erneuerbar und nachhaltig gestaltet werden sollte. Das Volk hat das mit der Abstimmung zum neuen Energiegesetz vor fünf Jahren auf kantonaler Ebene bestätigt. Trotzdem sind wir bei Weitem nicht an dem Punkt, wo wir sein könnten. Es ist für die Umsetzung eines konkreten Projektes jeweils nicht der richtige

Zeitpunkt, nicht der richtige Ort, nicht die richtige Technologie, es sind nicht die richtigen Rahmenbedingungen, es ist zu teuer, zu kompliziert usw. Unsere passive Haltung können wir uns nicht länger leisten. Unsere Gesellschaft, unsere Generation ist aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird nicht zum Nulltarif zu haben sein, sie wird uns etwas kosten. Es ist höchste Zeit, Vorurteile abzulegen und auch im Bereich Energieversorgung weitsichtig und eigenständig zu denken. Gemeinsam können wir die notwendigen Schritte veranlassen, damit wir nicht plötzlich alle im Dunkeln hocken. Wir sind absolut in der Lage, unsere Abhängigkeit vom Ausland mit einheimischen und erneuerbaren Produktionstechnologien zu verringern. Hier weise ich gerne auf einen Artikel im «Blick» von gestern hin. Es ist sehr interessant, wie jeder einzelne Hausbesitzer dazu beitragen kann. Packen wir es zusammen an.

Ruedi Amrein: Zuerst bedankt sich die FDP für die Stellungnahme zu unserem Postulat und die Antworten zur Anfrage von Michael Kurmann. Die Sorge wegen der Stromlücke ist vorhanden und in jüngster Zeit gestiegen, darum haben wir den Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, wie weit er sich beim Bund einsetzen kann. Sowohl der Bund als auch der Kanton arbeiten daran, die Lücken zu vermeiden. Allerdings sind wir noch nicht am Ziel. Man konnte heute Morgen vernehmen, dass die Vernehmlassung der Vorschläge des Bundes offenbar nicht sehr erfolgreich war. Darum sollte weiterhin Druck vom Kanton auf den Bund gemacht werden, damit man auf Bundesebene eine Lösung findet. Die FDP dankt der Regierung, dass sie das Postulat entgegennehmen will. Zur Anfrage A 698: Mit dem Klimaschutz gerieten die fossilen Energiequellen unter Druck und müssen durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Im Klima- und Energiebericht hat unser Rat beraten, wie er das Ziel «Netto null 2050» erreichen will. In diesem Zusammenhang erhält die elektrische Energie eine sehr grosse Bedeutung. Bereits heute hängt vieles in der Gesellschaft und der Wirtschaft vom Strom ab. Stromlücken können wir uns schlicht nicht erlauben, es steht viel zu viel auf dem Spiel. Das betrifft nicht nur die Gesellschaft, sondern die Gesundheit, den Verkehr, die Sicherheit usw. Aus den Antworten zur Anfrage ist ersichtlich, dass der Regierungsrat die Situation und ihre Tragweite erkannt hat. Er setzt sich unter der Voraussetzung ein, dass er Verbote und Anweisungen nicht an die erste Stelle setzt. Das ist für die FDP das richtige Vorgehen. Er sucht schnelle Erfolge, will koordinieren und ist ständig im Gespräch mit den Verantwortlichen. Die Antworten stimmen für die FDP.

Pius Müller: Länger als eine Session diskutierten wir im Kantonsrat über den Klima- und Energiebericht. Sehr viele Vorstösse, Bemerkungen und Anträge wurden intensiv in der Januar-Session und abschliessend in der März-Session behandelt. Die SVP-Fraktion ist nun gespannt, was die Regierung aus dem Planungsbericht dem Kantonsrat präsentiert. Interessant wird auch sein, wie sich der Kanton Luzern in seiner Vorreiterrolle gesamtschweizerisch sieht. Die Anfrage A 698 und das Postulat P 720 hätten aus Sicht der SVP mit dem Planungsbericht behandelt werden können. Jetzt sind die Vorstösse für die Galerie. Leider verpasst man es erneut, die Frage zu klären, wer eigentlich für die Stromversorgung im Land zuständig ist. Hauptverantwortlich für die Versorgungssicherheit mit Strom sind nicht die Kantone, sondern der Bund. Die Schweiz steht in der energiepolitischen Diskussion an einem Wendepunkt. Der Abbruch der Verhandlungen mit der EU über das institutionelle Rahmenabkommen und der Ukraine-Krieg haben die Schweizer Energiestrategie 2050 endgültig als Importstrategie entlarvt. Die Importe sind aber nichts anderes als Wunschdenken. Man verlässt sich darauf, jederzeit aus dem Ausland den fehlenden Bandstrom zur Grundversorgung importieren zu können. Aus Sicht der SVP brauchen wir einheimischen Strom für eine sichere Grundversorgung in der Schweiz. Die Wasserkraft hat noch ein grosses Zubaupotenzial, aber einmal mehr stehen Umweltverbände dem mit Einsparungen und Verzögerungen im Weg. Windenergie hört sich gut an, aber niemand will die Anlagen. Die konkreten Projekte werden vom Volk und von den Umweltverbänden gebodigt. Die gute Nachricht ist, dass immer mehr Schweizerinnen und Schweizer merken, dass wir Massnahmen brauchen, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz mit Strom sicherzustellen. Aktuell kann die Schweiz froh sein, dass sie noch über vier funktionierende Kernkraftwerke verfügt. Sie liefern zuverlässig sicheren, praktisch

CO<sub>2</sub>-freien Strom. Absolut keinen Platz in dieser prekären Situation haben Technologieverbote. Ich spreche hier über die Atomkraftwerke der neusten dritten und vierten Generation. Inkonsequent wäre es vom Bund, mit angedachten Neubauten von klimaschädlichen Gaskraftwerken eine sichere Stromversorgung und den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen. Das heisst wir würden wieder in fossile Energieträger einsteigen. Für die SVP ist das ein Widerspruch zur praktisch CO<sub>2</sub>-neutralen Kernenergie. Die ellenlangen Antworten der Regierung könnte man noch kürzen. Die SVP-Fraktion stimmt für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 720.

Sara Muff: Ich spreche gleich zum Paket und gehe auf die Atomstromwerbung der SVP nicht näher ein. Die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Strom ist nicht einfach so gegeben. Gerade die aktuelle Situation zeigt uns auf, wie wichtig es ist, die Stromeigenproduktion im Inland zu fördern. Nur so erreichen wir Unabhängigkeit und vor allem auch Sicherheit bezüglich der Stromversorgung. Gleichzeitig müssen wir möglichst schnell das Ziel «netto null» erreichen. Daher erachtet es die SP-Fraktion als unumgänglich, stark in den Ausbau von erneuerbaren Energien zu investieren. Weiter erachten wir es als richtig, dass bereits Präventivmassnahmen gegen das Worst-Case-Szenario eingeleitet wurden, welches in der Anfrage thematisiert wird. Die kantonale Gefährdungs- und Risikoanalyse als dynamisch anzusehen, ist korrekt, da dies auch der Weltlage gerecht wird. Im Februar wurden auf nationaler Ebene bereits Interventionen zur Versorgungssicherheit beschlossen. Gerade in den Wintermonaten haben wir eine Lücke zu schliessen, und die Frage nach ausreichend Winterstrom wird uns auch in Zukunft begleiten. Wir begrüssen es, dass die Reservekraftwerke klimaneutral betrieben werden sollen. Das Strommodell der Zukunft wird sich stark verändern, die Stromproduktion wird vermehrt dezentral erfolgen, und eine intelligente Verbindung der Sektoren ist unumgänglich. Auch dass die Gebäude möglichst effizient und autark in ihrer Energieversorgung sind, wird stets wichtiger. Hier hat der Kanton mit seinem Energieförderprogramm einen gewichtigen Hebel, und die SP-Fraktion wird sich daher für eine solide Finanzierung sowie eine Weiterentwicklung einsetzen. Wir haben es gehört, das Strommodell verändert sich rasant, unsere Instrumente müssen hier stets zwei Schritte voraus sein. Eine kantonale Roadmap mit den Zubaupotenzialen und Zielen empfinden wir als wichtige Grundlage, um adäquate Massnahmen abzuleiten. Die technische und vertragliche Einbindung ins europäische Stromnetz erachten wir als unumgänglich, Gaskraftwerke sehen wir jedoch als falschen Weg. Dies zum einen, weil es sich dabei um nicht erneuerbare Energien handelt, zum anderen, weil wir leider jüngst geopolitisch beobachten müssen, wie der Gasmarkt dominiert wird. Zusammenfassend können wir sagen, dass die Zuständigkeit zu grossen Teilen beim Bund liegt, der Kanton komplementär jedoch eine gewichtige Rolle spielt. Die SP-Fraktion wird sich in diesem Rat dafür einsetzen, dass die Stromeigenproduktion mit erneuerbaren Energien ausgebaut werden kann, damit wir möglichst rasch unabhängig und fossilfrei in Richtung Stromproduktion der Zukunft schreiten können. Das Postulat von Ruedi Amrein visiert dieses Ziel an, daher wird die SP-Fraktion die Erheblicherklärung unterstützen. Die Eigenproduktion in der Schweiz muss über den Ausbau der erneuerbaren Energien stark gesteigert werden, insbesondere die Winterproduktion, welche im Postulat explizit erwähnt wird.

Korintha Bärtsch: Ich war überrascht über die Aussagen von Michael Kurmann. Es kam mir vor, als würde bereits jemand von der G/JG-Fraktion sprechen. Es wurde davon gesprochen, man hätte doch schon lange und sollte doch dieses und jenes. Ein wenig mehr Unterstützung unserer Vorstösse und unserer Anliegen hätte gut getan, dann würden wir an einem anderen Ort stehen als jetzt. Es ist komisch, dass man jetzt den Turbo loslassen will, obwohl man vorher jahrelang die Hände in den Schoss gelegt hat. Das ist bei den Vorstössen des jetzigen Pakets so und auch bei den nachfolgenden. Mit dem Kopf durch die Wand war schon immer eine schlechte Variante. Ich bin überrascht, wenn nicht konsterniert über das Votum von Pius Müller. Ich erinnere mich an den Januar, als SVP-Sprecher Pius Müller für Stromimporte geworben hat, für den Uranimport, für die Abhängigkeit vom Ausland. Wir haben alle den Kopf geschüttelt und nicht verstanden, warum die SVP auf eine

ausländische Stromversorgung setzt. Vielleicht weil es gerade opportun war oder die Parteizentrale in Bern das vorgegeben hat. Pius Müller hat in seinem Votum das Wort «inkonsequent» gebraucht, vielleicht ist das für die Haltung der SVP die richtige Bezeichnung. Das Postulat von Ruedi Amrein finden wir richtig. Wir finden, dass die erneuerbare Stromproduktion unbedingt vorangetrieben werden muss, und wir hoffen, dass wir für weitere konkrete Vorstösse, in denen es um die Realisierung des im Klimabericht festgehaltenen Ziels, bis 2035 wenigstens die Hälfte des Solarstrompotenzials ausgeschöpft zu haben, grosse Unterstützung von der FDP- und der Mitte-Fraktion erfahren. Von der SVP wird es wohl keine Unterstützung geben. Aber wir können so trotzdem mit den Bürgerlichen zusammen für eine Anreizförderung Geld sprechen oder die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit dieser Weg weitergegangen wird. Die Grünen und Jungen Grünen stehen weiterhin dafür ein. Wir sind offen für gute Lösungen in den Bereichen Solarkraft, Wasserkraft und Windkraft. Auch die Nachfragesteuerung ist für uns wichtig. Jede Kilowattstunde, die nicht produziert werden muss, ist am günstigsten. Wir wollen auch bei der Stromeffizienz nicht lockerlassen. Hier spielt auch die Elektrifizierung des Verkehrs hinein. Eine reine Elektrifizierung des Verkehrs ist nicht das, was uns weiterbringt. Wir brauchen für unsere sichere Stromversorgung in Zukunft keine Gaskraftwerke. Wir werden das Postulat von Ruedi Amrein unterstützen.

András Ózvegyi: Die GLP-Fraktion dankt für die umfangreichen Antworten zu diesem Vorstosspaket. Wir stellen fest, dass das Vorgehen bezüglich Beschlüsse der Klimasession richtig ist, auch für das Entgegenwirken gegen eine allfällige Stromlücke, deren Wahrscheinlichkeit und Bedeutung in letzter Zeit enorm zugenommen haben. Wir stellen auch fest, dass wir bestätigt bekommen, dass die Energiepolitik der GLP seit ihrer Gründung vor zehn Jahren auf dem richtigen Weg ist. Zwei Schlüsselbegriffe aus dem Text zum Postulat P 720 gefallen mir besonders, nämlich der «Zubau erneuerbarer Energien» und die «Suffizienz». Machen wir also vorwärts mit dem Zubau erneuerbarer Energien wie Wind, Wasser, Holz und vor allem Photovoltaik. Handeln wir doch endlich und sofort nach dem Grundsatz «jedes Gebäude ein Kraftwerk». Der Begriff der «Suffizienz» hat mit Sparen zu tun, mit Weglassen von Unnötigem, mit intelligentem Einsetzen. Suffizienz ist aber für viele noch ein Tabuthema, die Politik wird hier gefordert sein. Ich persönlich sehe hier vor allem ein grosses Potenzial im Freizeit- und im Plauschbereich. Aber fangen wir doch mit der Suffizienz bei den Dingen an, bei denen wir wissen, dass sie unsinnig sind. Hören wir auf mit strombetriebenen Heizpilzen und nehmen Wolldecken, machen wir Homeoffice statt lange Pendlerfahrten, und fördern wir die dezentrale Stromproduktion mit intelligenten Steuer- und Speichersystemen statt mit AKW. Die GLP-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats P 720.

Hasan Candan: Wie Sie wissen, habe ich das Postulat P 754 über ein Verbot von neuen Ölheizungen ab 2023 zurückgezogen, aber ich möchte gerne noch etwas sagen zur Abhängigkeit von Öl und Gas. Die SP setzt sich seit etwa vier Jahren dafür ein, dass ein Ölheizungsverbot eingeführt wird. Jetzt haben wir es geschafft, und im Gespräch mit den Mitunterzeichnenden haben wir das Postulat zurückgezogen, weil auch ein Visionär einmal Realist ist. In einem halben Jahr werden wir es nicht mehr schaffen, das Verbot einzuführen. Wir möchten doch noch auf einen Punkt hinweisen, der noch nicht diskutiert wurde. Es wird immer der Begriff «Stromlücke» gebraucht; ich führe jetzt einen neuen Begriff ein, nämlich der «Nebenkostenhammer». Ich wohne in der Stadt Luzern und habe bereits einen Brief von der EWL bekommen, dass sich die Nebenkosten für Heizen und Warmwasser wohl verdoppeln werden. Sie müssen sich einmal in die Lage von Menschen versetzen, die nicht viele finanzielle Mittel haben. Im Jahr können wir bei einem schlecht isolierten Haus dann von 3000 bis 4000 Franken sprechen. Die Rechten haben diese Menschen im Stich gelassen, denn sie waren immer dafür, die erneuerbaren Energien nicht mehr zu fördern. Sie waren immer dafür, dass man die Abhängigkeit vom Ausland noch nicht kappt. Wir müssen hier im Rat im nächsten halben Jahr darüber diskutieren, wie diese Menschen unterstützt werden können. Wir haben alle dasselbe Ziel: die erneuerbaren Energien auszubauen. Wenn man allerdings eine so hohe Rechnung für Heizen und Warmwasser erhält, verfliegt

die Bereitschaft schnell, in erneuerbare Energien zu investieren, weil das Geld einfach fehlt. Ich verstehe diese Menschen. Diesen Punkt haben wir bisher vergessen, und die Regierung muss das jetzt antizipieren. Die SP wird sich auf die nächste Session hin Gedanken machen und Vorstösse dazu einreichen, wie wir den Nebenkostenhammer dämpfen können. Ich bin dankbar, wenn alle Fraktionen mitmachen und Ideen einbringen, wie man diese Menschen unterstützen kann.

Urs Brücker: Die Stromversorgung ist massgeblich eine Frage der Bundesaktivitäten. Dort läuft sehr viel Spannendes. Heute läuft die Vernehmlassungsfrist für das Energiegesetz bezüglich des Planungs- und Bewilligungsverfahrens beim Bau von grossen Windkraft- und Wasserkraftanlagen ab. Aber auch sehr spannend ist die Vernehmlassung zur Anpassung der Förderinstrumente für die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie. Diese läuft bis am 8. Juli 2022, und ich empfehle Ihnen, die Vernehmlassung und die Vorschläge einmal anzuschauen. Es geht um die Energieförderungsverordnung, die Energieeffizienzverordnung und die Stromversorgungsverordnung, alles spannende Themen. Wenn all diese Massnahmen umgesetzt werden können, sind wir auf einem guten Weg.

Pius Müller: Ich muss mich wehren, denn ich habe an der Januar-Session nie gesagt, dass ich Strom vom Ausland beziehen will. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass ich eine sichere Grundversorgung in der Schweiz haben will. Korintha Bärtsch würde wohl die Kernkraftwerke am liebsten schon morgen abstellen, aber dies hätte wohl enorme Auswirkungen auf ihr tägliches Leben, deren sie sich nicht bewusst ist.

Ruedi Amrein: Ich möchte auf das Votum von Hasan Candan reagieren. Er hat der bürgerlichen Seite vorgeworfen, dass wir wegen der Energiekosten für die höheren Mieten verantwortlich sind. Ich gehe davon aus, dass die Energiekosten nicht nur von unserer Förderung abhängen, das ist ein Teil einer solchen Anlage, und der Rest wird auf dem Markt gemacht. Es ist so, dass die Energie knapp ist, entsprechend steigt der Preis. Ich habe auch keine Freude, wenn der Mieter mehr zahlen muss. Aber genau die gleichen Personen haben erwartet, dass man ab 2023 keine fossilen Heizungen mehr einbauen darf, was auch mit Mehrkosten für die Mieter verbunden gewesen wäre. Ausserdem leiden unter den steigenden Preisen auch Kleinunternehmen. Man kann uns hierfür nicht einfach die Schuld geben.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich spreche nicht über den AKW-Strom, denn das ist ein mittel- bis langfristiges Thema. Wir haben aber kurzfristig zwei Herausforderungen zu meistern: Zum einen fehlt das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU, was auch keine Abkommen im Bereich der Stromversorgung ab 2025 bedeutet. Zum anderen tobt immer noch der schreckliche Krieg in der Ukraine, der sich auf die Energieversorgungssituation in ganz Europa und somit auch auf die Schweiz auswirkt. Zuerst zum Krieg in der Ukraine: Er führt uns sehr stark vor Augen, wie abhängig wir sind, vor allem auch von den fossilen Brennstoffen, die einen grossen Teil unserer Energieversorgung ausmachen. Dieser Unsicherheitsfaktor wirkt sich sehr stark aus und ist bereits im kantonalen Krisenstab ein Thema. Wie Sie lesen konnten, ist auch schon der nächste Winter in Planung, da allenfalls im Bereich der Gasversorgung mit Gasmangellagen zu rechnen ist. Wenn Putin den Gashahn zudreht, wirkt sich das auf den Stromverbrauch aus. Wenn Sie eine Gasheizung haben und es kein Gas mehr gibt, werden Sie möglichst rasch einen Elektroofen kaufen, was sich auf den Strombedarf auswirkt. Das haben erste Staaten in Osteuropa bereits erlebt, nachdem ihnen das Gas abgestellt wurde. Die wirtschaftliche Landesversorgung des Bundes ist hierfür zuständig. Es gibt zuerst einen Sparappell des Bundesrates und der Kantone, in einem zweiten Schritt geht es um eine Rationalisierung, dazu konnte man verschiedene Medienberichte lesen. Die Hauptverantwortung liegt beim Bund, aber wir sind in Vorbereitung, wo genau welche Kompetenzen und Aufgaben liegen. Nun zum zweiten Thema, dem fehlenden Abkommen mit der EU ab 2025: Der Austausch von Strom mit Europa ist dann nicht mehr gesichert. Das ist für uns vor allem dann ein Problem, wenn wir zu wenig eigenen Strom haben. Wir haben Zeiten, in denen wir Strom exportieren. Wir haben mit den Wasserkraftwerken eine gute Speichermöglichkeit, von der auch Europa

profitieren kann, aber wir sind zu gewissen Zeiten auf Stromimporte angewiesen. Wir müssen unabhängiger werden, und zwar rasch. Das ist aber nicht so einfach. Das Schnellstmögliche ist der Ausbau von Photovoltaik (PV). Bauen Sie alle auf Ihren Häusern eine PV-Anlage. Das ist das Schnellste, das wir machen können. Wir arbeiten auch an der Windkraft, das ist aber nicht so einfach. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Einsparung, es kommt zu Verzug. Wir sind dabei, die Teilrevision des Richtplans anzugehen, um für grössere Windkraftanlagen Rechtssicherheit zu schaffen. Sie ist momentan in der Vorprüfung beim Bund, wir werden voraussichtlich im Herbst hier im Kanton damit weiterfahren können. Wir versuchen, das allenfalls noch zu beschleunigen. Bei der Wasserkraft habe ich Freude, dass wir endlich etwas umsetzen können, nämlich den Bau des Kraftwerks an der Waldemme. Ich habe gehört, man könne wieder Vorstösse machen. Ich glaube, wir müssen jetzt vor allem umsetzen. Es braucht die Vorstösse auch, aber jetzt sind Taten gefragt. Ich bin auch überzeugt, dass der PV-Strom nicht verloren sein wird. Es wird in einigen wenigen Jahren bereits bessere Speichermöglichkeiten geben als heute. Es wird an Feststoffspeichern geforscht, was uns helfen wird. Das macht die Speichermöglichkeiten kostengünstiger. Es gibt die neusten Elektroautos, welche eine bidirektionale Lademöglichkeit anbieten. Sie können also auch den Strom als Batterien wieder abgeben. Das kann eine sehr interessante Möglichkeit sein. Kurz zum Gaskraftwerk: Wir haben dem Bund gemeldet, dass wir positiv eingestellt sind, das genauer zu prüfen. Es geht um 47 Stunden im Jahr, es gibt keine Wärmekraftkoppelung. Es geht wirklich nur darum, das Gaskraftwerk als letzte Versicherung zu haben, falls noch kurzfristig AKW ausfallen, damit man innert kurzer Zeit hohe Mengen Strom produzieren kann. Es soll eine Versicherungslösung sein, keine Langzeitlösung. Wir sind offen dafür, das anzuschauen. Wir haben uns auch beim Bund bei den verschiedenen Vernehmlassungen eingegeben. Es läuft viel, es ist aber nicht so einfach. Die Bergkantone haben Konzessionen für die Wasserkraft bei den Gemeinden, das führt wiederum zu mehreren Interessenkonflikten. Es geht nicht nur um den Ausbau von erneuerbaren Energien, sondern auch um Entschädigungen. Die Regierung ist aber überzeugt, dass es auch eine Flexibilisierung des Umweltrechts braucht, wenn wir schneller vorwärtskommen wollen. Es braucht bei gewissen grossen Vorhaben eine klare Interessenabwägung zugunsten der Energieversorgung der schweizerischen Bevölkerung und der Wirtschaft. Es braucht auch eine Überprüfung der Gerichtsinstanzen. Es muss einen Rechtsweg geben, aber es sollten möglichst wenig Instanzen sein. Es ist bei der letzten Vorlage des Bundes so vorgesehen, dass nur noch das Bundesgericht eine Überprüfung machen soll. Die Stromversorgung ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Kantone, sondern des Bundes, aber wir wollen uns nicht aus der Verantwortung ziehen, sondern wir müssen auch unseren Teil dazu beitragen. Auch jeder Einzelne muss seinen Beitrag beisteuern. Es ist nicht mehr wie früher, dass ein paar Energieversorger ein paar grosse Energiequellen hinstellen, sondern eigentlich hat jeder eine Mitverantwortung, selber Energie zu produzieren, die wir als Gesellschaft brauchen. Das Potenzial ist sehr gross, das haben wir im Rahmen des Klima- und Energieberichtes ausführlich besprochen. Wir stehen in einem sehr aktiven Austausch mit dem Bund. Ich werde im Juni mit den Geschäftsführern der CKW und der EWL einen runden Tisch haben und prüfen, wie der Kanton noch unterstützen kann und welche Regulierungen angepasst oder abgebaut werden müssen, damit es schneller geht, sei es beim Kanton, bei den Gemeinden oder beim Bund. Wir wollen das aktiv miteinander angehen. Unter anderem sind auch die Planungs- und Baubewilligungsverfahren bei Grossanlagen und anderen Anlagen ein Thema. Dazu ist bereits ein Vorstoss eingegangen. Wir arbeiten bereits daran. Wir werden also wirklich alles tun, was uns möglich ist. Zum Schluss noch eine Bemerkung: Wir müssen heute feststellen, dass Klimapolitik Energiepolitik ist, und diese ist eben auch Sicherheitspolitik, Sicherheit bezüglich unserer Versorgung mit Energie. Letztlich wollen wir uns unabhängiger machen von Staaten, die unsere Werte wie Freiheit und Demokratie nicht teilen. Ganz zum Schluss noch zum Votum von Hasan Candan: Die höheren Energiepreise sind eine Herausforderung, vor allem für Personen mit kleinen Einkommen. Eigentlich ist das aber im Sinn von Angebot und Nachfrage. Die Energie wird wertvoller, nachdem sie zu lange zu wenig wertvoll war,

darum wurde auch nicht gespart, und man war zu wenig effizient im Umgang mit ihr. Es wird jetzt umso ökonomischer, Energie zu sparen und in effiziente Technologien zu investieren. Das wird mithelfen, dass wir effizienter werden. Es ist aber aus Sicht der Regierung nicht Aufgabe des Kantons, darauf einzuwirken. Es ist schweizweit ein Thema. Die Fragen zur Energieversorgung in unserem Kanton haben wir ausführlich beantwortet. Wir beantragen Ihnen, das Postulat von Ruedi Amrein erheblich zu erklären.